

Mitgliederzeitung der SP Kanton Bern
142 Januar 2014



Friedliche Sportveranstaltungen im Kanton Bern sind die Regel: Hier mit Fans des FC Thun.

NEIN zur Verschärfung des Konkordats über Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen

Am 9. Februar stimmen wir im Kanton Bern über eine rechtsstaatlich höchst bedenkliche, unverhältnismässige und nicht zielführende Gesetzesverschärfung ab.

Der Besuch von Sportveranstaltungen ist populär. Über eine Million Zuschauende pro Jahr – Familien, Kinder, Jugendliche wie auch ältere Menschen – besuchen allein im Kanton Bern Eishockey- und Fussballspiele. Diese Spiele laufen mehrheitlich friedlich und in toller Atmosphäre ab.

Die vereinzelt Gewaltdelikte im Umfeld von Sportveranstaltungen verurteilt die SP in aller Deutlichkeit. Die Vorfälle sind aber rückläufig. Die Politik hat mit dem seit 2010 bestehenden Konkordat repressive Massnahmen getroffen, die greifen. So konnten die Polizeikosten zwischen 2009 und 2012 im Kanton Bern halbiert werden. Die bestehenden Gesetze reichen, sie müssen nur konsequent angewendet werden.

BREITES KOMITEE

Nirgendwo hat sich ein solch breites, überparteiliches Komitee aus Kultur, Sport und Politik gegen das Konkordat formiert wie im Sport-Kanton Bern. Neben PolitikerInnen gehören diesem auch zahlreiche Kulturschaffende an. Ausserdem haben sich alle sieben Berner Topsportclubs gegen die Verschärfung ausgesprochen.
www.KonkordatNein.ch

Bedenkliche Massnahmen treffen alle

Statt die wenigen Täter zu belangen, werden nun alle Sportzuschauenden von Massnahmen betroffen und unter Generalverdacht gestellt. Macht es Sinn, wegen einiger weniger Störefriede mit einem Alkoholverbot allen Zuschauenden (ausser in den VIP-Logen!) das Bier zur Wurst zu verbieten? Ist es nicht heikel, dass private Sicherheitsdienste unbescholtene Personen und Kinder ohne konkreten Verdacht auch im Intimbereich abtasten dürfen? Das ist selbst der Polizei nicht erlaubt und bedeutet eine gefährliche Aufweichung des Gewaltmonopols. Soll der Staat vorschreiben, wer mit welchem Transportmittel an ein Spiel anreisen muss?

Diese unverhältnismässige Law-and-order-Vorlage gefährdet den erfolgreichen «Berner Weg», der neben Repression auch zielgerichtete Prävention, Kooperation und den Dialog aller Akteure wie Fanclubs, Fanarbeit, Club und Sicherheitsdienste miteinbezieht. Sie wird sowohl Probleme als auch Sicherheitskosten erhöhen. Deshalb müssen nicht nur alle Sportbegeisterten am 9. Februar ein überzeugtes Nein in die Urne legen. Es ist höchste Zeit, die Notbremse zu ziehen und den populistischen Scharfmachern die Rote Karte zu zeigen!

Lukas Meier, YB-Fanarbeiter und SP-Stadtrat, Bern

TSCHOU

2014 – die linke Wende als Ziel

Bevor im laufenden Jahr die Legislatur des Grossen Rats zu Ende geht, kann ich bereits Bilanz ziehen: Die vier Jahre seit den missratenen Wahlen 2010 sind für viele BernerInnen verlorene Jahre. BDP, FDP,



SVP und GLP haben gemeinsam den Abbau im Sozialen und in der Bildung durchgesetzt. Gekürzt wird in der Sozialhilfe, bei den Krankenkassenprämien-Verbilligungen, der Spitex, in den Heimen und in der

Psychiatrie. Der Abbau trifft auch die Bildung stark: grössere Schulklassen, weniger Brückenangebote und Verschlechterungen bei den Mittelschulen und im Hochschulbereich. Aber das reicht den Bürgerlichen nicht. Bereits fordern sie weiter gehende Kürzungsmassnahmen und weitere Steuerentkungen. Während sich die SP mit ihrer Grossrats-Wahlkampagne für die breite Bevölkerung einsetzt, folgen die Bürgerlichen ihrem Tea-Party-Motto «Dem Staat das Geld wegnehmen» (Zitat Berner Zeitung). Für diese Haltung war typisch, dass BDP, SVP und FDP letzten November gemeinsam die Erhöhung der eigenen Grossratslöhne durchgesetzt und gleichzeitig massive Kürzungen bei den Schwächeren beschlossen haben.

Am 30. März wählen BernerInnen zwischen einem starken Kanton für alle und einem Kanton unter dem Motto «Dem Staat das Geld wegnehmen». Gelingt es uns in den kommenden Wahlen die Sitzzahl der Linken im Grossen Rat zu erhöhen, lässt sich ein weiterer Abbau auf Kosten der breiten Bevölkerung und der Zukunft des Kantons verhindern. Gute Argumente für eine Wende im Kanton Bern haben wir. Aber sie nützen nur, wenn wir sie zu den Menschen bringen. Das gelingt nicht über die bürgerlichen Tageszeitungen, sondern auf der Strasse bei den Leuten! Die Bereitschaft von jeder und jedem Einzelnen, für die Wende am 30. März zu kämpfen, entscheidet darüber, wie erfolgreich wir für einen starken und sozialen Kanton Bern eintreten können.

Roland Näf,
Parteipräsident SP Kanton Bern

Die Partei für alle statt für Könige

Am 6. Januar waren frühmorgens Dutzende SP-AktivistInnen auf der Strasse, um PassantInnen frische Dreikönigskuchen zu verteilen. Mit dieser Aktion wurde unser Wahlkampf so richtig lanciert. Den traditionellen König haben die Pendlerinnen und Pendler vergebens gesucht, denn für die SP ist klar: Der Kanton Bern braucht keine Politik für KönigInnen, Abzocker und Millionäre, sondern eine Politik für die ganze Bevölkerung. Nachfolgend einige Impressionen von der Aktion.



Du wählst besser SP. Sowieso.

Von einer starken SP profitieren alle, ausser Abzocker und Steuerhinterzieher. Dies ist die Botschaft, welche wir als Partei im laufenden Wahlkampf vermitteln wollen.

Hand aufs Herz: Wer profitiert nicht von einer starken SP? Da haben wir zum einen die Angestellten und Buezer, für deren Löhne wir uns einsetzen. Dann die Kranken und Gesunden, für welche wir die bestmögliche Versorgung und ausreichende Prämienverbilligungen fordern. Lehrende und Lernende, für deren Bildungseinrichtungen wir uns stark machen. Oder die Pensionierten und Berufstätigen, deren Renten und Arbeitsbedingungen uns schon immer ein Anliegen waren. Man kann diese Liste fast beliebig erweitern und kommt zum Schluss: Es gibt nur ganz wenige gesellschaftliche Gruppierungen, welche kein Interesse an der SP-Politik haben. Zu ihnen gehören Abzocker und Steuerhinterzieher.

Die Partei für alle statt für wenige

Bei der SP weiss man, wofür sie steht respektive wofür sie nicht steht. Diese glückliche Tatsache nützen wir im laufenden Wahlkampf und haben hierzu eine selbstsichere Postkarten- und Plakatekampagne entwickelt. Über Begriffspaare benennen wir die gesellschaftlichen Anspruchsgruppen, welche von einer starken SP profitieren. Neben der Präsenz mit Postkarten und Plakaten werden wir auch eine Inseratekampagne führen und haben eine eigene Wahlwebseite entwickelt. Seit anfangs Jahr sind die Kandidierenden auf den Strassen des Kantons unterwegs und transportieren unsere Botschaften zu den potenziellen Wählerinnen und Wählern. Und unsere Hauptbotschaft ist klar: Wir sind die Partei, welche nahe an den Menschen ist, wir sind die Partei für alle statt für wenige.

Strassenpräsenz entscheidend

In den nächsten Wochen werden wir unsere Präsenz auf der Strasse, an Märkten, bei Podien oder anderweitigen Wahlveranstaltungen erhöhen. Der Wahlkampf kommt nun in die heisse Phase. Öffentliche Sichtbarkeit und Präsenz werden zentral sein für unseren Wahlerfolg. Du kannst uns dabei unterstützen, liebes Mitglied, liebe und lieber SympathisantIn. Indem du selber Wahlmaterial in deinem Bekanntenkreis zirkulieren lässt, indem du die Kandidierenden in deinem Wahlkreis bei ihren Kampagnenaktivitäten unterstützt oder indem du an den Wahlaktionen deiner Sektion teilnimmst. Denn uns allen ist klar: Wir brauchen am 30. März die linke Wende, um unseren Kanton vorwärts zu bringen. SP wählen. Sowieso.

ANGESTELLTE
WÄHLEN BESSER SP.
BÜEZER SOWIESO.

KRANKE WÄHLEN
BESSER SP.
GESUNDE SOWIESO.

VÄTER WÄHLEN
BESSER SP.
MÜTTER SOWIESO.

Unsere Wahlkampagne zeigt: (Fast) alle profitieren von einer starken SP.

Weitere Infos zu unserer Wahlkampagne und unseren inhaltlichen Schwerpunkten findest du auf unserer Wahlwebseite www.sowieso.spbe.ch. Dort kannst du auch das gesamte Wahlmaterial bestellen, welches die SP zur Verfügung stellt.



SPITZE FEDER

Verschärfung der Vernünftigen

Mein Unwort des letzten Jahres heisst «Verschärfung». Leider bleibt es nicht beim Unwort. Es kommt auch zur Untat. Mitte vergangenen Jahres musste das Asylrecht ein



weiteres Mal «verschärft» werden, dann brauchte es ein «verschärftes» Hooligan-Konkordat und natürlich brauchte es auch in der Sozialhilfe dringend «verschärfte» Kontrollen.

Was bedeuten diese «Verschärfungen» konkret? In allen Fällen wird damit argumentiert, dass die «Verschärfungen» ja nur diejenigen Leute betreffen, die sich nicht an die Regeln halten. Sicher nicht betroffen seien die Menschen – zu denen sich alle Abstimmenden zählen –, die sich vernünftig zu verhalten wissen. Doch das Gegenteil ist der Fall: Diese Verschärfungen treffen genau die Leute, welche sich an die Regeln halten. Denn Menschen, die sich nicht an Regeln halten, interessieren sich auch nicht für «verschärfte» Regeln. Allem Missbrauch, sei's im Asyl-, Sport- oder Sozialwesen, ist schon mit den bestehenden Regeln beizukommen. Es bräuchte nur genügend Ressourcen, um diesen Missbrauch zu ahnden. «Verschärfte» Regeln helfen nicht gegen Missbrauch, vielmehr sind die Ressourcen, um die «verschärfte» Gesetze zu kontrollieren, noch weniger vorhanden. Hier wählt die Politik den einfachen, aber falschen Weg: Regeln «verschärfen» ist einfacher als Regeln durchzusetzen.

So verschärfen sich die Vernünftigen ihr eigenes Leben und die Freiheit einer immer grösseren Anzahl Menschen wird eingeschränkt, nur weil ein paar wenige Menschen sich an keine Regeln halten können oder wollen. Die Gefängnis-Parabel von Dürrenmatt lässt grüssen. Und irgendwann bin auch ich plötzlich nicht mehr bei den Vernünftigen.

Daniel Furter, Parteisekretär SP Kanton Bern

IMPRESSUM

Herausgeberin: SP Kanton Bern, Postfach 1096, 3000 Bern 23, Tel. 031 370 07 80, links.be@spbe.ch
 Adressänderungen: abo@spschweiz.ch
 Spenden: PK 30-895-9 (SP Kanton Bern)
 Redaktion: Oliver Lüthi
 Redaktionsschluss nächste Ausgabe: 10. Februar 2014

Ellen Abbott/WRVCO



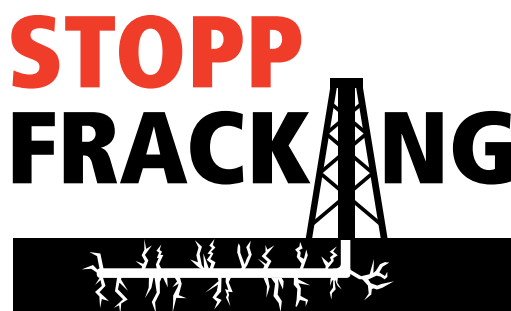
Unterschriften sammeln für die Stopp-Fracking-Initiative

Dem aktuellen links.be liegt ein Unterschriftenbogen zur Stopp-Fracking-Initiative bei. Diese Initiative wurde im November 2013 von den Grünen Kanton Bern lanciert.

Die Initiative will die Förderung von Erdgas und Erdöl aus nicht konventionellen Quellen verbieten. Eine Lagerstätte von Erdgas kann dabei, im Gegensatz zu einer konventionellen Quelle, nicht einfach angebohrt, um das Gas dann zu fassen. Das Gas muss vielmehr aus gashaltigem Gestein «herausgewuchtet» werden. Das feste Material wird dabei derart

zerklüftet, dass das Gas entweichen kann. Das bedingt einen gewaltigen Energie-, Wasser- und Chemikalieneinsatz, der insbesondere im dicht besiedelten Mittelland schlimme Auswirkungen hätte.

Es handelt sich um eine Initiative der Grünen, welche von der SP unterstützt wird. Die SP ist jedoch nicht Mitglied des Initiativkomitees. Bitte nutzt den beigelegten Initiativbogen, um in eurem Umfeld Unterschriften zu sammeln. Der Termin für die Einreichung der Unterschriften ist der 22. Mai 2014.



AGENDA

Nächster Parteitag SP Kanton Bern
26. Februar, 19.15 Uhr, im Hotel Bern, Bern

Hauptversammlung SP Frauen Kanton Bern
22. Februar in Bern

Alle Termine: www.spbe.ch/agenda

ROTES BRETT

KOSTENLOS ALTERNATIVES KINO GENIESSEN

Das Kellerkino ist das erste und älteste unabhängige Kino der Schweiz. Seit seiner Gründung werden vor allem neue Filme gezeigt, die sonst nicht zu sehen sind, insbesondere auch Schweizer Filme. Gegen Vorweisen der SP-Mitgliederkarte erhalten pro Vorstellung zwei Personen freien Eintritt. Das aktuelle Programm des Kellerkinos findet sich auf www.kinokunstmuseum.ch. Reservierungen werden unter der Telefonnummer 031 311 38 05 entgegengenommen.

Das komplette Angebot an Kulturvergünstigungen der SP findet sich auf unserer Webseite, www.spbe.ch, unter der Rubrik «Mitglied werden».

Du und deine Sektion wollen auch eine Notiz am Roten Brett: links.be@spbe.ch